

Bauherrin/Bauherr	PLZ, Ort, Datum	1. Ausfertigung für die Gemeinde 2. Ausfertigung für die Bauherrin/den Bauherrn 3. Ausfertigung für die untere Wasserbehörde
-------------------	-----------------	--

<input type="checkbox"/> Antrag zum Bau einer Grundstücks-Entwässerungsanlage gem. den Bestimmungen der örtlichen Abwassersatzung	Eingangsstempel der Gemeinde/Amt
---	----------------------------------

<input type="checkbox"/> Antrag auf Anschluss an die öffentliche Kanalisation (Schmutz-, Regen-, bzw. Mischwasser) gem. den Bestimmungen der örtlichen Abwassersatzung	
--	--

An die Gemeinde-/Amtsverwaltung

Die Genehmigungsbehörde bittet um Verständnis, dass dieses Formblatt eines zügigen Baugenehmigungsverfahrens nur dienlich ist, wenn es vollständig ausgefüllt und die Unterlagen entsprechend beigefügt sind.

Gegenstand der Anträge ist das nachstehend beschriebene Bauvorhaben
I. Baugrundstück

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Grundbuch von	beim Amtsgericht	Band	Blatt
Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundstücksgröße m ²

<input type="checkbox"/> Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes	B-Plan Nr.
---	------------

Das Baugrundstück liegt innerhalb eines Wasserschutzgebietes
 Für die dezentrale Regenwasserversickerung ist bei der unteren Wasserbehörde eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG zu beantragen ³⁾

II. Persönliche Angaben

Bauherrin/Bauherr/Antragstellerin/Antragsteller

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer
--------------------------	--------------------

PLZ, Ort	Telefon	Telefax <small>Angabe freiwillig</small>	E-Mail <small>Angabe freiwillig</small>
----------	---------	--	---

Grundstückseigentümerin/Grundstückseigentümer (nur ausfüllen, wenn nicht mit Bauherrin/Bauherr identisch)

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer
--------------------------	--------------------

PLZ, Ort	Telefon	Telefax <small>Angabe freiwillig</small>	E-Mail <small>Angabe freiwillig</small>
----------	---------	--	---

Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer
--------------------------	--------------------

PLZ, Ort	Telefon	Telefax <small>Angabe freiwillig</small>	E-Mail <small>Angabe freiwillig</small>
----------	---------	--	---

Bauleiterin/Bauleiter

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer
--------------------------	--------------------

PLZ, Ort	Telefon	Telefax <small>Angabe freiwillig</small>	E-Mail <small>Angabe freiwillig</small>
----------	---------	--	---

III. Baubeschreibung

1. Schmutzwasser

Neuanlage
 Erweiterung/Änderung Entwässerungsanlage
 vorhandene Entwässerungsanlage
 Anschluss an Schmutz-/Mischwasserkanal
 Anschluss an Kleinkläranlage/Sammelgrube ¹⁾

1.1 Es soll eingeleitet werden

häusliches Abwasser		EW, insgesamt		EW, vorhanden
gewerbliches Abwasser		EGW, insgesamt		EGW, vorhanden

1.2 Es sollen angeschlossen werden

an den Schmutzwasserkanal
 an den Mischwasserkanal

Anschlussgegenstände (Stück.)	an den Schmutzwasserkanal				Gesamt	an den Mischwasserkanal				Gesamt
	neu	vorhanden	entfallen			neu	vorhanden	entfallen		
Spülaborte					Waschbecken					
Urinalbecken					Spül- u. Ausgussbecken					
Urinalrinnen					Waschmaschine					
Bidets					Geschirrspüler					
Wannenbäder					Bodenabläufe					
Duschwannen										

1.3 Sollen Abwässer außergewöhnlicher Art abgeführt werden? Ja Nein

Wenn ja, welche?

1.4 Zur Vorbehandlung der außergewöhnlichen Abwässer sind vorgesehen:

- Benzinabscheider nach DIN 1999/EN 858
- Heizölabscheider
- Fettabscheider nach DIN 4040/EN 1825
- Sonstige
- Kartoffelstärkeabscheider
- Schlammfang
- Vorreinigung/Neutralisation

Jedem Antrag ist eine Anlagenbeschreibung und – bemessung beizufügen

2. Regenwasser

- Wohngrundstück
- Gewerbegrundstück ⁴⁾
- Landwirtschaft ⁴⁾

2.1 Es sollen angeschlossen werden

- an den Regenwasserkanal
- an den Mischwasserkanal
- an ein Gewässer ²⁾
- an eine dezentrale Versickerungsanlage
- Flächenversickerung ²⁾
- Muldenversickerung ²⁾
- Rohr-Rigolenversickerung ³⁾
- Schachtversickerung ³⁾

Angeschlossene Flächen		vorhanden	entfallen	neu	Gesamt
Art	Baustoff	m ²	m ²	m ²	m ²
Dachflächen					
Terrassenflächen					
Hofflächen					
Zuwege und Zufahrten					
Abstellplätze für PKW					

2.2 Rückhaltung/Brauchwassernutzung

- Regenwasserzisterne
- Regenwasserzisterne mit häuslicher Brauchwassernutzung
- geplant
- vorhanden

2.3 Beschreibung Einleitungsstelle

Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser ein Gewässer Name: _____

Gemarkung	Flur	Flurstück (e)	Rechts-/Hochwert
-----------	------	---------------	------------------

Einleitungsmenge in l/s

3. Werkstoff, Ausführung und Dimensionierung

Art	Schmutzwasser		Regenwasser	
	Werkstoff	DN in mm	Werkstoff	DN in mm
Grundleitungen				
Sammelleitungen				
Falleitungen				
Anschlussleitungen				
Kontrollschächte				
Inspektionsöffnungen				
Rückstauverschlüsse (Hersteller/Typ)				
Hebeanlagen (Hersteller/Typ)				
Spülvorrichtung WC-Anlage (Typ)				

4. Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage liegen auf dem eigenem Grundstück ja nein

4.1 Folgende Teile der Entwässerungsanlage führen über fremde Grundstücke bzw. gemeinschaftlichen Besitz:

4.2 Ein Leitungsrecht in Form einer Baulast/Grunddienstbarkeit ist bestellt soll bestellt werden

5. Angaben über Wasserversorgungsanlagen

5.1 Die Trinkwasserversorgung erfolgt über:

- öffentliche/genossenschaftliche Wasserversorgung
- eigenen Hausbrunnen**
- Gemeinschaftsbrunnen**
- geplant
- geplant
- vorhanden
- vorhanden

** Die Lage der Brunnen sind im Lageplan darzustellen

IV. Anlagen (je 1-fach)

- Übersichtsplan (z.B. Flurkartenauszug) mit Darstellung der Einleitstelle
- Lageplan im Maßstab 1 : 500
Darstellung vorhandene / geplante Gebäude
Darstellung Schmutz-/Regenwasseranlagen/-leitungen mit Angabe der Durchmesser
Darstellung der Versickerungsanlagen mit Angabe der Versickerungsfläche
- Hydraulische Berechnungen
- Bodenanalyse (bei Versickerungsanlagen)
Nachweis Grundwasserstand und Durchlässigkeit des Bodens (k_f – Wert)
- Bauzeichnungen (Grundriss, Schnitt)

V. Hinweise

¹⁾ Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis und Zulassung einer Grundstückskläranlage nach DIN 4261 mit den entsprechenden Planunterlagen bei der unteren Wasserbehörde in dreifacher Ausfertigung einreichen.

²⁾ Bei befestigten Flächen über 1000 m² ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG zu beantragen, zu den Einzelheiten siehe³⁾

³⁾ Für die Einleitung ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG bei der unteren Wasserbehörde mit einem Extra-Antrag (3-fach) mit folgenden Unterlagen zu beantragen: Formloser Antrag zur Erteilung der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nach § 57 WHG, Angabe Größe und Nutzung der angeschlossenen Fläche und der Einleitmenge in l/s, Übersichtsplan (Flurkartenauszug) mit Darstellung und Beschreibung der Einleitstelle (Gemarkung, Flur, Flurstück, Rechts-/Hochwerte), Lageplan Maßstab 1 : 500 mit Darstellung des Einzugsgebietes des jeweiligen Entwässerungssystems und Darstellung der Entwässerungssysteme, Nachweis Grundwasserstand und Durchlässigkeit des Bodens (k_f – Wert) mittels Bodenanalyse und die Zustimmung der Gemeinde über die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang von der Regenwasserkanalisation. Der Erlaubnisantrag ist zusammen mit dem Entwässerungsantrag für Schmutzwasser (3-fach) bei der Stadt-/Gemeinde-/Amtsverwaltung einzureichen.

⁴⁾ Hier gelten besondere Anforderungen, da das Regenwasser als „normal verschmutzt“ einzustufen und vor der Einleitung in einer Anlage zu behandeln ist. Für die Behandlungsanlage ist eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 35 Abs. 2 LWG und für die Einleitung eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. In diesen Fällen sollte bereits in der Planungsphase die zuständige Wasserbehörde beteiligt werden.

VI. Erklärungen der Entwurfverfasserin/des Entwurfsverfassers

1. Ich/Wir erklären hiermit, alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht zu haben.
2. Ich/Wir erkläre/n, dass die von mir/uns gefertigte vorstehende Beschreibung und vorstehenden Nachweise und die anliegenden Planunterlagen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie den zutreffenden DIN bzw. Euro-Normen und DWA Arbeitblättern entsprechen.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass für die neu erstellten Grundstücksentwässerungsanlagen eine Dichtheitsprüfung nach DIN EN 1610 erforderlich ist. Eine Kopie des Dichtheitsprotokolls ist der Gemeinde/Amtsverwaltung zu übergeben.
4. Mir/Uns ist bekannt, dass alle Leitungen bzw. Anlagen vor ihrer Überdeckung durch die Gemeinde/Amtsverwaltung abnehmen zu lassen sind.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass eine dauerhafte Grundwasserabsenkung bzw. -ableitung durch Kellerdrainagen einen nach Wasserrecht erlaubnispflichtigen Tatbestand darstellt.

Ort, Datum

Name und Unterschrift der Entwurfverfasserin/des Entwurfsverfassers

VII. Erklärungen der Bauherrin/des Bauherrn

1. Ich/Wir erklären hiermit, alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht zu haben.
2. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns alle Leitungen bzw. Anlagen vor ihrer Überdeckung durch die Gemeinde/Amtsverwaltung abnehmen zu lassen.
Ich/Wir erlaube/n hiermit unwiderruflich, dass Bedienstete der Gemeinde/Amtsverwaltung mein/unser Grundstück und die darauf stehenden Gebäude zum Zwecke der Prüfung der eingereichten Unterlagen betreten.
3. Nach Fertigstellung der gesamten Entwässerungsanlagen werde/n ich/wir die Abnahme bei der Gemeinde/Amtsverwaltung beantragen. Die Kosten der Abnahme werden von mir/uns übernommen.
4. Ich/Wir erklären, dass ich/wir die auf dem Baugrundstück zutreffenden Vorschriften der Satzung der Gemeinde über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Entwässerungsanlagen beachten und die hiernach auferlegten Verpflichtungen der Gemeinde erfüllen werde/n.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass für die neu erstellten Grundstücksentwässerungsanlagen eine Dichtheitsprüfung nach DIN EN 1610 erforderlich ist. Eine Kopie des Dichtheitsprotokolls ist der Gemeinde/Amtsverwaltung zu übergeben.
6. Mir/Uns ist bekannt, dass die Entwässerungsanlagen erst nach unbeanstandeter Abnahme und nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Gemeinde/Amtsverwaltung in Betrieb genommen werden dürfen.
7. Mir/Uns ist bekannt, dass eine dauerhafte Grundwasserabsenkung bzw. -ableitung durch Kellerdrainagen einen nach Wasserrecht erlaubnispflichtigen Tatbestand darstellt.
8. Mir/Uns ist bekannt, dass die im Zusammenhang mit dieser Genehmigung erhobenen Daten nach den Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes und der Abwasserbeseitigungssatzung verarbeitet und für Zwecke der Erhebung von Abgaben genutzt werden. Mir/Uns ist bekannt, dass eine Übermittlung der Daten an die zuständige Wasserbehörde und die Bauaufsichtsbehörde erfolgen kann.

Ort, Datum

Unterschrift der Bauherrin/des Bauherrn